

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegamm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Netto) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabat. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenerklärung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkassentonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 22.

Sonntag, den 20. Februar 1927.

20. Jahrgang.

Man muß nur in die Fremde gehen, um das Gute kennen zu lernen, was man zu Hause besitzt.

Von Woche zu Woche.

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die letzte Woche stand im Zeichen der Wirtschaftspolitik. Der Reichstag begann die Beratung des neuen Reichshaushalts und im Preussischen Landtag standen die Abstimmungen über die Abänderungsanträge zu der vom Wohlfahrtsminister Hirtfelder für den 1. April angeordneten Aufhebung des Mieterschutzes für gewerbliche Räume auf der Tagesordnung. Die von der Verordnung betroffenen Geschäftskreise haben den Fraktionen zahlreiche Eingaben zugehen lassen, in denen ein Zusammenbruch Tausender von Mittelstandesexistenzen vorausgesagt wird. In der Wandelhalle des Landtags kam es bei der Unterredung zwischen Abgeordneten und Vertretern Berliner Geschäftskreise zu erregten Äußerungen, da letztere die Haltung einzelner Fraktionen scharf kritisierten.

Im Reichstag zeichnete der neue Reichsfinanzminister Dr. Köhler ein ernstes Bild der deutschen Finanzlage. Die Rede des Ministers und die ihr folgenden Ausführungen der Fraktionsvertreter brachten deutlich zum Ausdruck, daß die Erfüllung des Dawesplanes es schon im neuen Haushaltsjahr nur mit knapper Not möglich ist. Wie es im kommenden Jahr werden soll, in dem die jährlichen Darlehenszahlungen erstmals ihre volle Normalhöhe erreichen, ist noch dunkel. Creditkriterien haben die Mitteilungen des verantwortlichen deutschen Finanzministers auch in Amerika erste Beachtung gefunden. Der Spieß, den der amerikanische Bankmann Robinson aufstieß, indem er ausrief, daß Deutschland unter den Darlehenszahlungen wachsen, blühen und gedeihen kann, hat sich zu einem Nichts verflüchtigt! Deutschlands Zahlungskraft hängt von der Steigerung seiner Ausfuhr ab. Dieser aber sind durch die Zollschranken des Auslandes enge Grenzen gesetzt. Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat deshalb recht, wenn er strengste Sparmaßnahmen fordert, um die Wirtschaft durch weitere Steuererleichterungen wenigstens etwas entlasten zu können.

Handelspolitisch hat sich die Lage geklärt. Das vorläufige deutsch-französische Handelsabkommen ist um drei Monate verlängert worden, und gleichzeitig wurde der Beginn der Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag auf Anfang März festgelegt. Der Reichsrat hat der Verlängerung des Abkommens bereits zugestimmt. Inzwischen hat Frankreich den neuen Zolltarifentwurf fertiggestellt und dessen Verleser, dem vielgenannten Ministerialdirektor Serreau, mit dem Großkreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Die neuen Verhandlungen dürften sich aber recht schwierig gestalten, da Frankreichs neuer Zolltarif einen ausgeprochen schutzillnerischen Charakter tragen soll. Es ist deshalb sehr leicht möglich, daß der neue Zolltarif in der Kammer auf Widerstand stößt und scheitert. Dann würde es wieder so gehen wie 1924, wo Deutschland ebenfalls monatelang mit Frankreich über einen Zollentwurf — das Projekt 713 — verhandelte, und als man sich weitgehend geeinigt hatte, wurde der Zollentwurf von der Kammer verworfen!

Mit Polen sind die Verhandlungen jetzt endgültig auf den toten Punkt angelangt. Die polnische Delegation hat Berlin verlassen, die Handelsvertragsverhandlungen ruhen und die von Deutschland angelegten Sonderverhandlungen über die Ausweitungfrage sind abgelehnt.

Ein bedeutendes Ereignis im Auslande bildet der Sieg der Kantonnarmee über den Gouverneur von Schanghai, General Suntschuanfang, dem jetzt das Schicksal so mancher chinesischen Generals bevorzukunftet scheint: früher Sturz, von der Macht in die Ohnmacht. Während Suntschuanfang den europäischen Mächten versicherte, alles von Kanton zu Kanton zurückzuführen und Kanton „wie die Pest bekämpfen“ zu wollen, erlitten seine drei mal so starken Truppen eine vernichtende Niederlage. Darauf ließ er verlustreicher Rückzug ein, während die Kantonnarmee nachschießend und jetzt auch von der Küste her auf Schanghai vorrückt. Kanton will scheinbar Suntschuanfang teilen. Das scheint gelingen zu sein, da die zur See abgedrängten Truppen bereits Schiffe zum Entkommen heuern sollen. Fünfzig ist von Kanton befehligte Kanakichau steht vor dem Fall, oder ist schon gefallen.

Damit in das Schicksal der letzten verteidigungsstellung vor Schanghai befehle! Sines Niederlage wird auf den Verrat seines Untergenerals Bei Pau Schau zurückgeführt, der sich Kanton angeschlossen hat. Außerdem soll jetzt auch die dritte Chekiangarmee zu Kanton übergetreten sein.

Als letztes Ereignis verdient das Echo der Coolidge-Note Erwähnung. Frankreich hat eine Beteiligung an einer Abrüstungskonferenz der Seemächte abgelehnt, Italien steht im Begriff, das gleiche zu tun. Japan stellt eine bejahende Antwort in Aussicht, und England berät mit seinen Dominien. Eine ablehnende Antwort Englands ist wenig wahrscheinlich. Da England aber eine Herabsetzung seines heutigen Flottenbestandes ablehnt und Coolidge ein Rüstungsverhältnis von 5:5 vorschlägt, ist es nicht ausgeschlossen, daß Coolidges Abrüstungsnote zu einer — Aufrüstung Amerikas führt, nämlich zu einer Vergrößerung seiner Kreuzerflotte auf den jetzigen Stand Englands.

Neue Schritte in Warschau.

Festbleiben Deutschlands in der Frage der Ausweilungen.

Die polnische Regierung hat sich durch eine bereits veröffentlichte Erklärung zur sofortigen Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland bereit erklärt. Sonderverhandlungen über die Regelung der Niederlassungs- und Ausweilungsfrage aber abgelehnt. Zur Begründung ist in Warschau der 17. hingewiesen worden, daß Polen solche Regelungen bisher mit keinem Lande abgeschlossen habe und eine vertragliche Bindung auch für überflüssig halte, weil die Rechtsstellung der Fremden in Polen durch eine „liberale“ innere Gesetzgebung geregelt sei. Von maßgebender deutscher Seite wird dazu folgendes mitgeteilt:

Die innere Gesetzgebung Polens über das Fremdenrecht gibt den nachgeordneten Behörden eine ungewöhnlich weitgehende Macht, die in außerordentlich zahlreichen Fällen zu Ungunsten der Reichsdeutschen ausgeübt worden ist, wie auch die bekannteren obersteinsten Ausweilungsfälle aus jüngerer Zeit beweisen. Angesichts der Praxis ist es auf deutscher Seite von Anfang an für unbedingt erforderlich gehalten worden, die Ausweilungsfrage im Rahmen der Niederlassungsbestimmungen des Handelsvertrages mit zu regeln. Bei dieser Regelung handelt es sich nicht um eine unangenehme Einschränkung des Rechts zu Ausweilungen, sondern nur darum, die völkerrechtlich allgemein üblichen Kategorien von Ausweilungsgründen zu umschreiben. Auch sollte dies selbstverständlich nicht in der Form einer einseitigen Bindung Polens, sondern auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit geschehen.

Erst infolge des Widerstandes der polnischen Delegation gegen eine Behandlung der Ausweilungsfrage von deutscher Seite versucht worden, diesen Punkt durch besondere Verhandlungen auf diplomatischem Wege in Warschau zu regeln. Die Erklärung der polnischen Regierung gibt keine völlige Klarheit darüber, ob die polnische Regierung nunmehr der Einbeziehung der Ausweilungsfrage in die Handelsvertragsverhandlungen zustimmt und nur eine geordnete vertragliche Regelung dieser Materie ablehnt, oder ob sie nach wie vor die Ausweilungsfrage ausschließlich der innerpolitischen Gesetzgebung vorbehalten will. Es wird daher durch weitere deutsche Schritte in Warschau Klarheit darüber zu schaffen sein, ob auf irgend einem Wege eine befriedigende Regelung der Ausweilungsfrage zu erzielen ist. Sollte Polen diese der deutsche Beweis dafür, daß es seine willkürliche Ausweilungspraxis forssetzen will.

80 Millionen Kredit für Wohnungsbau.

Ein Gesetzentwurf der preussischen Regierung.

Die preussische Regierung hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf zur Veräußerung der Bautätigkeit zur eingehenden gutachtlichen Kräußerung zugeleitet. Durch den Gesetzentwurf soll der Finanzminister ermächtigt werden, die Mittel für die vom Landtag beschlossene Förderung der Neubautätigkeit im Wege des Kredites zu beschaffen. In dem betreffenden Landtagsbeschlusse wurde die Regierung aufgefordert, unverzüglich ein verstärktes Wohnungsbauprogramm auf dem Wege durchzuführen, daß zweier Hypotheken durch Ananspruchnahme des Kapitalmarktes beschafft und die Mittel zur Verzinsung und Tilgung aus laufenden Mitteln entnommen werden. Es handelt sich um einen Betrag von 80 Millionen Mark, der neben der Hauszinssteuer zu Sonderbewilligungen verwandt werden soll.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird u. a. auch die Bautätigkeit im Jahre 1926 behandelt und betont, daß 1926 in Preußen gegen 130 000 Wohnungen bezugsfertig hergestellt worden sind. Damit sei es gelungen, den laufenden Jahresbedarf von 120 000 Wohnungen zu befriedigen und daneben noch einen Bruchteil des aus Kriegs- und Nachkriegszeit vorhandenen Wohnungsbedarfes zu decken. Diese Erfolge seien nur möglich gewesen, daß der Staat und vor allem die Gemeinden in weitgehendem Umfang Darlehen und Zuschüsse im Vorgriff auf die im Jahre 1927 auftommenden Wohnungsbaumittel aufgenommen haben.

Englands Industrie gegen die Besetzung.

Tagung der Internationalen Handelskammer in Berlin.

Im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrates in Berlin fand die erste Mitgliederversammlung der 1925 gebildeten deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer statt. Nach einer kurzen Begrüßungssprache des Präsidenten von Mendelssohn begrüßte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius die Gäste im Namen der Regierung. Anschließend daran sprach der als Ehrenast geladene bekannte englische Eisenindustrielle Sir Arthur Balfour, der vorliegende des englischen Enquete-Ausschusses.

In seiner mit Beifall aufgenommenen und in deutscher Sprache gehaltenen Rede betonte Balfour, daß die ganze Welt mit Besorgnis zusehen habe, wie das deutsche Volk die großen Schwierigkeiten anpacke, um die alte Stellung wieder zu gewinnen. Er habe den Eindruck, daß Deutschland auf dem richtigen Wege sei. Das englische Volk verleihe in seinem Freiheitsfinn, was es bedeute, wenn fremde Soldaten auf heimatischem Boden seien. Er gab die Versicherung ab, daß die britische Industrie und der britische Handel sich dafür einsetzen werden, daß dieser Zustand möglichst bald aufhört.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 19. Februar 1927.

Der Gesamtvorstand des Verbandes preussischer Landgemeinden beschäftigte sich in einer in Berlin abgehaltenen Sitzung mit wichtigen kommunalen Angelegenheiten.

Der letzte der von Polen ausgewiesenen Beamten der Schließlichen Kleinbahnen, Syndikus Dr. Samel, hat Hohenstein verlassen und ist in Deutschland eingetroffen.

Umgruppierung der Deutschen Völkerverbände.

Im Reichstag fand eine Sitzung des Präsidiums der Deutschen Liga für Völkerverbände statt, in der einstimmig eine Umgestaltung des Vorstandes und des Präsidiums beschlossen wurde. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die mit der Aufgabe der Erweiterung des Vorstandes und des Präsidiums beauftragt wurde. Die Umgruppierung der vor 8 Jahren von dem Vorkämpfer z. D. Graf Bernstorff gegründeten Liga ist notwendig geworden, da der Vereinigung jetzt auch Kreise angehören, die dem Völkerverbund anfangs feindlich gegenüberstanden.

Ein Kleinrentnergesetz gefordert. Die demokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Regierung ersucht, schleunigst den Entwurf eines Kleinrentnerverordnungsgegesetzes vorzulegen, der den verarmten Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf laufende Rente gibt, unter Berücksichtigung des Kulturminimums neben dem Existenzminimum.

Rundschau im Auslande.

Am 18. und 19. Februar fand in Wien eine internationale Flugkonferenz statt, auf der wirtschaftliche Fragen erörtert wurden.

Ein unter dem Vorsitz Polnars abgehaltener Ministerrat beschloß, das Parlament zu ersuchen, vor den großen Ferien die Militärvorlage, das Budget und die Wahlreform zu verabschieden.

Das Zentralomitee der kommunistischen Partei nahm, wie aus Moskau berichtet wird, in seiner letzten Sitzung eine Entscheidung an, die sich für eine systematische Verabsicherung des Privatkapitals in Handel und Industrie ausspricht.

Die Pläne des portugiesischen Diktators.

Ein nach Lissabon entsandener französischer Sonderberichterstatter hat nach Beobachtung des Aufstandesbeschwörers Ministerpräsidenten Carmona abgedruckt, der ihm er-

lärt, daß seine Diktatur nur vorübergehend sei. Er werde aufhören, sobald das Problem der allgemeinen politischen Orientierung Portugals gelöst sei werde. Die Befassung werde durch eine Nationalversammlung abgeändert werden, an deren Einberufung man jetzt allerdings noch nicht denken könne. Er betrete nicht, daß das in Portugal bestehende Regime mit dem italienischen oder spanischen Faschismus eine gewisse Ähnlichkeit habe.

Girichtung eines chinesischen Generals.
Englische Zeitungen berichten aus Tientsin, daß dort ein chinesischer General in der Eingeborenenstadt öffentlich hingerichtet wurde. Er soll gefangen haben, mit Hilfe zahlreicher vormaliger Soldaten wohlhabende Chinesen beraubt zu haben.

Wirtschafts- und Handelsfreiheit.

Vorschläge für die Weltwirtschaftskongressen.

Auf Ersuchen der Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskongressen hat die Internationale Handelskammer einen Bericht über die Befestigung der Verbindungen des Handelsverkehrs auszuarbeiten lassen, der im wesentlichen folgende Vorschläge und Empfehlungen enthält:

Internationale Verträge über die Behandlung der Ausländer, völlige Ausfuhr- und Niederlassungsfreiheit, Abschaffung der Passiva, Gleichstellung von Ausländern und Einheimischen, Verbesserung aller Verkehrsverbindungen, Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote, Gewährleistung der Freiheit in der Befassung von Rohstoffen. Nähere Ratifizierung der Genfer Konvention über die Vereinfachung der Zollformalitäten.

Erleichterungen für den Abschluß von Vereinbarungen zwischen den Industrien der verschiedenen Länder, Schaffung einer Kommission, die sich aus Delegierten der einzelnen Regierungen zusammensetzt und die Bedürfnisse des internationalen Handels zu prüfen, Vertragsentwürfe auszuarbeiten und Streitigkeiten im Schiedsverfahren beizulegen.

Zum Schluß gibt die Internationale Handelskammer ihrer Hoffnung auf die baldige Stabilisierung der Währungen aller Länder Ausdruck und betont, daß die Länder mit stabiler Währung daran interessiert sind, den Ländern mit entwerteter Währung für die Stabilisierung ihre Unterstützung zu leisten.

Hangtschau gefallen.

Die chinesische Nordarmee auf der Flucht. Im Gegensatz zu beruhigenden Meldungen englischer Zeitungen scheint die dem General Cunschwang, dem Gouverneur von Schanghai, von der Kantonnarmee beigebrachte Niederlage zu einer Katastrophe auszuarten.

Die geschlagene Armee zieht sich in heilloser Verwirrung auf Schanghai zurück. Hangtschau, das letzte Bollwerk vor Schanghai, ist fluchtartig geräumt und von den Kantontuppen ohne Widerstand besetzt worden. Damit ist die ganze Provinz Fokien den Kantontuppen in die Hände gefallen, und der Entscheidungskampf um den Besitz von Schanghai ist in sein letztes Stadium getreten.

Die neuen bedeutenden Erfolge der Kantonnarmee haben in England große Befürchtung ausgelöst. Schanghai scheint besetzt zu sein, da Kanton nunmehr der Weg nach Schanghai offensteht. Gleich nach dem Eintreffen der ersten amtlichen Nachrichten fand in London ein Kabinettsrat statt, in dem eingehend über die Lage in China beraten wurde.

Entschädigung für Burmeister.

Die nationalistische Regierung hat dem deutschen Kaufmann Burmeister, der am 3. Februar in Hankau von Chinesen mißhandelt wurde, und in ein Krankenhaus verbracht werden mußte, eine Entschädigung von 3500 Dollar zuerkannt.

Schlußdienst.

Hochverratsprozeß gegen die Hersteller der kommunistischen Bürgerkriegsakte. Das Reichsgericht in Leipzig verhandelt gegenwärtig einen mehrere Tage in Anspruch nehmenden Hochverratsprozeß gegen die Buchdruckereibesitzer Fritz und Konstantin Baisia, den Profutisten Paul Darnik von der Firma Lisebe und vier Kommunisten. Die Angeklagten, die sämtlich in Berlin wohnen, werden beschuldigt, in den Jahren 1924 und 1925 in ihren Buchdruckereien und Setzerien die Bürgerkriegsakte, die seit 1923 vom Oberstaatsanwalt beschlagnahmt waren, im Auftrage der kommunistischen Parteizentrale gedruckt und hergestellt zu haben.

Erfundene Zusammenkunft Stresemann-Mussolini.

Berlin, 19. Februar. Die von einem englischen Blatt verbreitete Meldung von einer Zusammenkunft Stresemanns und Mussolinis in San Remo ist vollkommen erfunden.

30-Millionen-Darlehen für den Osten beantragt.

Berlin, 19. Februar. Alle Parteien des Preussischen Landtags von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, haben in seltener Einmütigkeit einen Gesetzentwurf eingebracht, der bereits an den Ausschuß überlesen wurde und in dem der Finanzminister ermächtigt wird, zur Durchführung der Reichsprogramm Darlehen beim Reich bis zu 30 Millionen Mark aufzunehmen.

Waffenfund in Hamburg.

Hamburg, 19. Februar. Auf eine Anzeige über ein Waffenlager in der Wohnung des Kapitän a. D. Freyer wurde eine Hausdurchsuchung abgehalten, bei der ein Maschinengewehr mit Patronengurt, zwei Gewehre Modell 98, 85 Patronenstahlgewehr, 380 scharfe Patronen, 56 Seitengewehre, 53 Stahlhelme, 1 Feldpatronen mit 5 Rollen Kabel, sowie eine größere Anzahl Großwulst- und Tornister gefunden wurden. Als Verflüchtiger wurde der 22-jährige Sohn des Kapitän ermittelt und festgenommen. Der Vater erklärte von

dem Vorhandensein des Materials nichts gewußt zu haben. Der Festgenommene ist Mitglied der Organisation Bervoll und verweigert jede Auskunft über die Herkunft der Waffen.

Schlachtviehmärkte.

Stettin, 18. Februar. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichsmark: Rinder (120) 15-55, Kälber (105) 30-76, Schafe (40) 15-52, Schweine (685) 55-67. - Marktverlauf: Rinder schleppend, Kälber und Schafe ziemlich glatt, Schweine ruhig.

Hamburg, 18. Februar. Preise für 80 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Schweine (4044) 55-67. - Marktverlauf: Lebhaft.

Um die Hirtsfleier-Verordnung.

Die Mündigungsfrist bis zum 30. September verschoben.

Nach Ueberweisung verschiedener Entwürfe an die zuständigen Ausschüsse und Bildung eines neuen Ausschusses für die wichtigsten Grenzgebiete beschloß sich die Preussische Landtag in seiner heutigen Sitzung mit der Beratung des Ausschussesberichtes über die Anträge zur Hirtsfleier-Verordnung über die Freilassung der gemerkelten Rämme, die am 1. April in Kraft treten soll. Im Ausschluß hat lediglich der deutschnationale Vorschlag auf Einrichtung amtlicher Schießstellen und der Antrag der Demokraten auf Herauslösung der Metellerrunde bildender Künstler Annahme gefunden. Unter den neu eingegangenen Anträgen befindet sich auch das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Wohlfahrtsminister, das von dem Abg. Bartels-Krefel (Kom.) begründet wird.

Ein kommunistischer Antrag auf Verberufung des Ministerpräsidenten wird gegen Kommunisten, Deutschnationale, einige Volksparteiler und Völkische abgelehnt.

Danach eröffnet Abg. Gaele-Wiesbaden (Soz.) die Debatte und erklärt, die Sozialdemokraten seien entschiedene Gegner der Verordnung, die für das gesamte werktätige Volk eine starke Belastung sei und teure Mieten und gesteigerte Lebenshaltungskosten zur Folge habe. Durch die Verordnung werde auch das Meer der Erwerbslosen weiter vergrößert. Den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Minister Hirtfelder würden die Sozialdemokraten ablehnen, weil sie nicht in Schlepptau der Kommunisten geraten möchten.

Abg. Steinhoff (Dnt.) beantragt, die Hirtsfleier-Verordnung dahin zu ergänzen, daß durch vorgesehene Maßnahmen die Gewerbetreibenden vor einer unzulässigen Mietüberhöhung geschützt und Schiedsstellen eingerichtet werden. Dem Hausbesitz müsse mit allem Ernst bedacht werden, daß er durch irrationelles Vorgehen die Schuld dafür übernimmt, daß der planvolle Abbau der Wohnungswirtschaft ins Stocken gerät. Wir bedauern, daß in die Verordnung keinerlei Härteparagrafen eingebracht sind und müssen deshalb den Minister für die Unruhe verantwortlich machen, die durch diese Unterlassung entstanden ist.

Abg. Kögler (Str.) führt aus, Handelskammern, Einzelhandel und Handwerkskammern hätten sich für die Verordnung des Ministers und für den Abbau der Wohnungswirtschaft eingesetzt. Die Zentrumsfraktion wolle einen ähnlichen Abbau und Förderung des Ausbaues ansgesagen. Wenn die Gesetzgebung gegen Ausbaueingriffe nicht ausreiche, müßten die Bürgerbestimmungen verschärft werden. Einmal müßte aber die Stunde der Freiheit des Eigentums schlagen. Das Zentrum stimme der Verordnung unter Hinweis auf die von ihm eingebrachten Anträge gegen ungerechtfertigte Kündigungen und Mietsteigerungen zu.

Abg. Dr. Grundmann (D. Vp.) betont, seine Partei habe die Hirtsfleier-Verordnung begrüßt, lehne aber die Verantwortung für die Art ihrer Durchführung ab, umso mehr, als die Partei vorher nicht achtet worden sei und dem Kabinett nicht angehört. Die Dntische Volkspartei lehne die Verantwortung für die Festlegung der allgemeinen Räumungssfrist ab und überlasse sie den Regierungsparteien. Redner tritt für die Anträge auf Bekämpfung des Wuchers ein und richtet einen Appell an die Mieter, die ehrlieh entgegen-gestreckte Hand der Hausbesitzer nicht zurückzuführen.

Abg. Stoll (Rom.) richtet heftige Angriffe gegen den Wohlfahrtsminister, der sich als Minister der Hausbesitzer gezeigt habe. Der Mißtrauensantrag gegen den Warenhauswohlfahrtsminister habe seine volle Berechtigung.

Abg. Hoff (Dem.) beklagt die Mißbilligkeiten auf Grund der Verordnung am Plage sei. Redner begründet im einzelnen die demokratischen Änderungsanträge, über die namentliche Abstimmung beantragt werden, um festzustellen, wer tatsächlich die Interessen des Mittelstandes wahrnehmen wolle.

Minister Hirtfelder

weist darauf hin, daß seine Verordnung auf Widerstand erlassen ist und daß er sie widerrufen werde, wenn entsprechendes Material herbeigeholt wird. Tatsächlich seien bisher nur wenige Beschwerden eingegangen. Der Minister verliest einige Zahlen aus verschiedenen Gebieten und er-

teilt u. a. von den 200.000 Mietern aus dem Reichsgebiet 101 von Berlin gekommen. Eine ganze Reihe von Fällen sei doppelt aufgeführt. Mindestens 300.000 neue Fälle würden hätten sich nicht beschwert. Durch die Verordnung würden nur diejenigen Räume aus dem freien Verkehr genommen, die nicht mit einer guten volle Verkauft seien. Dabei handle es sich bloß um Cafés, Alkoholen und Großbetriebe, die die Unterbindung der freien Entwicklung aufrecht erhalten werde, desto größer würden die Schwierigkeiten.

Die vorliegenden Änderungsanträge können zu der Verordnung als solcher nicht angenommen werden, weil diese Hirtsfleierverordnung mit der Verbindung abgelehnt ist. Der Minister wendet sich gegen jede Verlangung einer Frist für den 1. April vorgeschlagenen Kundmachung, weil dadurch, auch nach Ansicht des Preussischen und des Reichsjustizministeriums, eine erhebliche Rechtsunsicherheit eintreten würde.

Es muß, so schließt der Minister, zu einem Termin einmal die Lösung von der Wohnungswirtschaft angefangen werden, und es gibt jetzt nur einen Weg: Entweder bleibt die Verordnung unverändert bestehen, oder sie wird aufgehoben. Wie das Haus aus entscheiden möge, ist werde als parlamentarischer Minister nicht diesem Beschlusse folgen und darf meine Konsequenzen ziehen. (Sturm. Kundgebungen b. b. Rom. und auf der Tribüne.)

Abg. Wandersdorf (Str.) führt nachzuweisen, daß die Wohnungen über rationelles Vorgehen der Hausbesitzer nicht den Käufern einstrichen. Der demokratische Antrag auf Herauslösung der Metellerrunde bildender Künstler sei sehr gefährlich, weil andere Berufsstände als Ausnahmebestimmung verlangen würden. Unrecht würde es auch sein, die Kriegshinterbliebenen bei der Mietbestimmung voranzustellen, so sehr man ihrer Lage auch Verständnis entgegenbringen werde. Alle Änderungsanträge müßten abgelehnt werden.

Abg. Wandersdorf (Str.) erklärt, seine Partei sei für Aufhebung der Verordnung, da die notwendigen Siderungen gegen Ausbeutung des Mittelstandes fehlten.

In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Hirtsfleier-Verordnung mit 222 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird gegen die Deutschnationalen und das Zentrum bei Enthaltung der Deutschen Volkspartei der demokratische Antrag, die Kundmachung des 1. April bis zum 30. September 1927 hinauszuschieben.

Es kommt daher zu förmlichen Tumulten in Halle und auf den Volkskammertribünen. Präsident Hirtfeld läßt die Tribünen räumen. Die Beratungen werden schließlich auf Sonnabend 11 Uhr verlagert.

Die Aussprache zum Reichsetat.

Die Beratungen im Reichstag.

Berlin, den 18. Februar 1927.

Auf Antrag des Geschäftsbildungsausschusses verwehrt der Reichstag in seiner Sitzung die Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener Abgeordneten und legt dann die erste Beratung des Haushalts für 1927 fort.

Abg. Dr. Weining (Str.) hebt den äufmerksamen Einwand der Rede des neuen Finanzministers hervor und kritisiert die Tätigkeit seines Amtsvorgängers. Entsprechend dem Zentrumsvorschlag hätte man eine Auslandssteuer für den Wohnungsbau und zur Entlastung der Hausbesitzer aufrechnen sollen. Trotz der geringen Erfolge sollte das Reichsbudgetprogramm möglichst schnell durchzuführen werden. Die

Senkung der Realsteuern

liegt auch im Interesse der Arbeitnehmer, auf die diese Steuern vielfach abgewälzt werden. Die Höhe müßte nicht nur zum Betrag der Mietsteigerungen erhöht werden, sondern wir brauchen eine Senkung der Realsteuern, wenn wir die Stärkung des inneren Marktes. Wenn man durch höhere Zuweisungen an die Länder diesen die Möglichkeit zur Senkung der Realsteuern geben will, dann kann man nicht zugleich die Senkung der Einkommensteuer fordern, denn aus dem Ertrag dieser Steuer sollen doch die Länder die höheren Zuweisungen erhalten. Die Befreiung des Großgrundbesitzes muß ebenfalls geregelt werden. Es geht nicht länger an, daß Großgrundbesitzer jährelang keine Einkommensteuer zahlen. Der Finanzausgleich wird das Kernstück der politischen Probleme der nächsten Jahre bilden. An dem § 35 des Finanzausgleichs müssen wir im Interesse der leistungsschwachen Länder unbedingt festhalten.

Abg. Dr. Vredt (Str.) beantragt die Einnahmenschätzungen im Etat als viel zu hoch. Dadurch werde der jährliche Einbruch erreicht, als könnte Deutschland noch weit höhere Lasten tragen. Wenn der Minister selbst daran zweifelt, daß wir die gesteigerten Darlehenslasten abfrühen können, dann sollte er nicht vorher die Wirtschaft durch übermäßige Steuerlasten zugrunde richten. Wir müssen uns heute aus der Einkommensteuer herabheben und den Gemeinden das Zuschlagsrecht geben. Der vorliegende Etat ist ein Schein-geld und nicht tragbar. Wir übernehmen die Verantwortung für ihn nicht.

Abg. Merk (Wahr. Vp.) schließt sich der deutschnationalen Kritik an der Finanzpolitik Dr. Reinhold an, und fordert eine befriedigende Regelung der Frage der Realsteuer und macht seine Zustimmung zum Finanzausgleich von den Bestimmungen über die Reichszuschüsse für leistungsschwache Länder abhängig.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Schroeder (Str.), der eine Erhöhung der Kriegsgeldzuschüsse und der Dr. West (Str.), der eine Revision der Aufwertungs-gesetze fordert, werden die Beratungen auf Sonnabend verlagert.

Neue Opfer der Schneestürme.

Der Wirbelsturm rast in einer Breite von 20 Meilen über das Land.

Die gewaltigen Schneestürme, die sich in Amerika ausbreiten, sind noch immer nicht zu Ende gekommen. Kennedys wurde besonders Louisiana betroffen. In einem Wirbelsturm, der Sabine-Paris heimstürmt, sind 10 Personen getötet und 20 verunndet worden, von letzteren einige möglicherweise tödlich.

Die Todesfälle ereigneten sich in der Nähe von Pleasant Hill in den jüngst entdeckten Petroleumgebieten. Der Sturm legte in einer Breite von 20 Meilen über das Land und hat Wohnhäuser und Farmen in Hunderte Weise in Mitleidenschaft gezogen.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 19. Februar 1924.

Wohnungsnot und die Siedlungsgesellschaften.

In neuester Zeit tauchen überall neue Siedlungsgesellschaften auf, die mit prächtigen Worten Mittel erwerbten, und die Möglichkeit der Beschaffung von zinslosen Baugeldern versprechen. Alle diese Baugesellschaften mögen den besten Willen haben, ihren Volksgenossen zu einer Wohnung zu verhelfen, diese Hilfe wird aber scheitern, weil es gar nicht möglich ist, die Bauvorhaben ohne fremde Gelder durchzuführen, wenn nicht größere Eigenkapitalien des Einzelnen zur Verfügung stehen. Gemäß wird es sein, daß in jedem Orte ein oder einige Mitglieder sich zusammenschließen und nach dem schönen Sprichwort: „Einer für Alle, Alle für Einen“ handeln können. Für Einen wirds noch langen, für Alle niemals! Wo ist heute ein Arbeiter, eine Kriegswitwe ein Handwerker, ein Beamter oder ein Invalide im Stande, jahrelang, vielleicht 10, 15, 20 und mehr Jahre, jeden Monat seine 10 Mark Beitrag zu zahlen und in der Ungewißheit zu leben, ob er für sein freiwillig hingegebenes Geld jemals eine Wohnung erhalten wird? Wenn bei einer Genossenschaft mit 27000 Mitgliedern, die ihre Gründung vor zwei Jahren feierte, heute 500 Wohnungen erbaut sind, so ist das sehr wohl möglich, weil ja Anteile und laufende Beiträge in den ersten Jahren lediglich fließen, aber auch wie bald eraltet bei Menschen dieser hier unerklärlich nötige Gemeinnsinn? Wann wird das 27000 Mitglied seine Wohnung erhalten? Zur Beleuchtung dieses folgendes Redenexempel, etwa nach dem Stand vom heutigen Tage: 27000 Mitglieder zeichnen einen Anteil von je 200 RM., das sind 5.400.000 RM. 27000 Mitglieder zahlen jährl. 120 RM. 3.240.000 RM. Zusammen 8.640.000 RM.

Ein...
Der...
Nur...
von...
jede...
die...
folle...
nun...
500...
das...
Woh...
werd...
von...
1 W...
baut...
3m 4...
6...
7...
8...
9...
10...
11...
12...
13...
14...
15...
16...
17...
18...
19...
20...
21...
22...
23...
24...
25...
26...
27...
28...
29...
30...
31...
32...
33...
34...
35...
36...
37...
38...
39...
40...
41...
42...
43...
44...
45...
46...
47...
48...
49...
50...
51...
52...
53...
54...
55...
56...
57...
58...
59...
60...
61...
62...
63...
64...
65...
66...
67...
68...
69...
70...
71...
72...
73...
74...
75...
76...
77...
78...
79...
80...
81...
82...
83...
84...
85...
86...
87...
88...
89...
90...
91...
92...
93...
94...
95...
96...
97...
98...
99...
100...

Einrichtung- und Verwaltungskosten bei der Gründung einschl. eigenes Gelände 5% 400 000 RM.
Es stehen zur Verfügung 8 240 000 RM.

Eine Wohnung von 4 Zimmern mit Zubehör im Reihen- oder Zweifamilienhaus kostet mindestens 8000 RM. Man kann also mit rund 8.240.000 Mark 1030 Wohnungen bauen. Demnach können, wenn 3/4 ein Anteil von 200 RM. und ein Jahresbeitrag von 120 RM. von je einem von den 27000 Mitgliedern aufgebracht werden, die ersten 1000 Mitglieder eine Wohnung erhalten. Wie sollen nun die übrigen 26000 Mitglieder zu ihrer Wohnung kommen?

Im 2. Jahre würde gezahlt werden etwa von 500 Mitgliedern die ein Haus besitzen	250 000 RM.
500 x 500 RM.	3 180 000 RM.
dazu von 26500 x 120 RM. Beitrag	3 180 000 RM.
Zusammen	3 430 000 RM.
ab 2% Verwaltungskosten, rund	60 000 RM.
bleiben zum Bauen	3 370 000 RM.
Wohnung 8000 RM. — 8000 x 420	3 370 000 RM.
Es können im 2. Jahre 420 Wohnungen gebaut werden.	
Im 3. Jahre würden aufgebracht werden von 920 x 500	460 000 RM.
	3 180 000 RM.
Zusammen rund	3 600 000 RM.
ab 2% Verwaltungskosten	72 000 RM.
bleiben zum Bauen	3 528 000 RM.
1 Wohnung 8000 RM. — 8000 x 441	3 528 000 RM.
Es können somit im 3. Jahre 441 Wohnungen gebaut werden.	

Im 4. Jahre können dann gebaut werden	460 Wohnungen
5. "	490 "
6. "	510 "
7. "	530 "
8. "	540 "
9. "	580 "
10. "	610 "

Also in 10 Jahren würden, wenn keine Rückschläge kommen, wenn von den 27000 Mitgliedern alle reiflos ihren Verpflichtungen nachkommen 5000 Wohnungen zu errichten sein. Wann wird nun das letzte Mitglied eine Wohnung erhalten? Und wie lange muß ein Mitglied warten in einem kleinen Orte mit weniger als 100 Mitglieder? Ist es möglich, von den leistungsfähigen Mitmenschen neben der dauernden Abgabe von hohen Mieten nach 120 RM. für eine Sache zu zahlen, die wohl gut gemeint ist, die aber nur für Wenige zum erhofften Ziele führen wird. Viele derartige Mitglieder, welche zwischen 40 und 50 Lebensjahre stehen werden es wohl nie erleben, daß sie ein Heim auf diesem Wege ihr „Eigen“ nennen können. Die Wohnungsnot kann nur behoben werden und auch die Minderbemittelten können ein Eigenheim erlangen, wenn die Gemeinden und der Staat mehr wie bisher Mittel hierfür aufbringen und die öffentlichen Gelder zu einem erträglichen Zinsfuß zu haben sind. Aus öffentlichen Mitteln müssen 4000 RM. je Wohnung mit 4 Zimmer gegeben werden und 4000 RM. müssen zu 5-6% Zinsen einschl. Abtrag als 1. Hypothek gegeben werden, dann wird an Zinsen und Abtrag für eine derartige Wohnung aufzubringen sein:

1. 4000 RM. aus der Hauszinssteuerhypothek 80. — RM.
 2. 4000 RM. 1. Hypothek zu 5 1/2% 220. — RM.
- Das sind jährlich 300 RM. Das diese Regelung bald kommt, ist zu erwarten, sofern unsere heutige Regierung im Reiche diese sozialen Aufgaben zu lösen gewillt ist.

Fastnachts-Ball. Wie aus dem Inseratenteil hervorgeht, findet am Sonntag, von nachmittags 4 Uhr ab, im Saale des „Grünen Baum“ ein öffentlicher Fastnachts-Ball statt. Das Kapelle Jazz-Orchester Brill (Klavier, Geige, Jazz und Saxophon) hat zugelangt und es steht uns allen ein äußerst humorvoller Abend bevor. Um aber allen Gelegenheit zu geben, das Tanzbein nach der stimmungsvollen Jazz-Musik zu heben, ist das Tanzgeld (einschl. Eintritt) für Herren auf 1.— Mark und für Damen auf 50 Pfennig festgesetzt worden. Darum auf zum Jazz-Ball!

Handball. Am morgigen Sonntag fährt die 1. Mannschaft des Turnvereins, zum Rückspiel nach Schwabmühlsee zum dortigen Turnverein 1861. Belanntlich gewannen die Schwabmühlsee im Januar verhältnismäßig hoch mit 5:1. Spangenberg hat also allerhand wieder gutzumachen. Die Mannschaft tritt in folgender Aufstellung an:

Derrert	Hoppach	Engerolth	Wittmann
Offen	Rieper	Heinlein	M. Wanz
Der beste Teil der Mannschaft ist zweifellos das Schlußdreieck. Derrert, von dem man bis jetzt nur Gutes gehört hat, steht zum ersten Male vor einer schweren Aufgabe. Wir hoffen, daß er sie mit der an ihm gewöhnten Ruhe und Sicherheit lösen wird. Auf seine Vorderleute kann er sich verlassen. Nur möchten wir der Verteidigung den dringenden Rat geben, nicht mit dem Ball solange herumzuwandeln, sondern ihn so schnell wie möglich nach vorn zu spielen. Gespannt darf man auch sein, wie der Sturm ihm zumommenfinden wird. Mit, wir werden ja sehen. Der Spielwart bittet uns noch mitzuteilen daß die Mannschaft 11:30 hier abfährt. Kleidung: schwarze Hose, weißes Hemd.			

Fremdenvorstellung des Staatstheaters Kassel. Die 3. Fremdenvorstellung des Theatertrings Dersfeld zu den auch Spangenberg gehört, findet Sonntag,

den 27. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr statt. Spielbauer 2 1/2 Stunden. Zur Aufführung kommt das Lustspiel von Gerhard Hauptmann „Der Weberpelz“. Die letzte Fremdenvorstellung des Spielplanes findet Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 2 Uhr statt. Zur Aufführung gelangt die Wagneroper „Tannhäuser“.

Alle ehm. 167er werden nochmals daran erinnert, daß am 2. und 2. April ds. J. in Kassel das 2. Regiment fest feiert. Es wird erneut darauf hingewiesen. Die Anmeldungen an Kamerad Philipp Pederroth-Kassel Wäckerstr. 2 baldigst einzufenden und anzugeben, ob Quartier beansprucht wird, wann und in welcher Komp. gebiet. Bei günstigen Wetter wird es möglich werden, bis dahin die Errichtung eines Gedenksteines für die gefallenen Kameraden des Regts. auf den Kaiserhof Frankfurterstr. vollenden zu können, sodas die Weihe am 3. April erfolgen kann. Hierzu sind dann die Angehörigen herzlich eineladen. Näheres darüber wird noch Mitte März bekanntgegeben. Kameraden, das Fest und der Gedenksteine kosten Geld, es ist sehr erwünscht, daß Spenden auf das Postcheckkonto Nr. 22000 Frankfurt a/M. eingesandt werden. Das Programm ist vorläufig wie folgt festgelegt: Sonabend, den 2. April, 8 Uhr abends Begrüßung in der Stadthalle. Sonntag, den 3. April, 10 Uhr vorm. Feldgottesdienst in der Kaserne des ehm. Rots. Frankfurterstr., anschl. die in Aussicht genommene Weihe des Gedenksteines, hierauf Abmarsch zur Gedächtnisstätte in der Karlsau. Am 2. Uhr nachm. Essen in den vorgesehenen Lokalen und von 4 1/2 Uhr nachm. ab Feier in den Sälen der Stadthalle. Montag, den 4. April, 10 Uhr vorm. Treffpunkt im Restaurant Bürgerheim in der Oberen Karlsruh. zur Verabschiedung der Sehehmürdigkeiten der Stadt bezw. Ausflug nach Wilhelmshöhe.

Die Launen des Winters. Ueber Nacht wurde die ganze Wetterlage umgeworfen. Heute früh schon war es wieder kalt. Wie der Frankfurter Wetterdienst dazu funkt, sind von der Rückseite eines östlichen Tiefdruckgebets kalte Luftmassen nach Mitteleuropa vorgeedrungen und haben bereits Nord- und Mitteldeutschland schon völlig überkurtet, so daß bis morgen auch bei uns wieder allgemein Frosttemperaturen herrschen werden.

Messungen, den 14. Febr. 1927. In der heutigen Kreisversammlung fand unter anderem auf der Tagesordnung: Beschlußfassung über Vorschläge für die Wiederbesetzung des erledigten Landratsamts. Nachdem sich bei der Beratung der zur Mittelstandsgruppe zählende Kreisratsabgeordnete Hauptlehrer Schmidt und der Führer der Sozialdemokratischen Fraktion Geschäftsführer Rübiger, entschieden für die Wahl des derzeitigen kommissarischen Landrats Dr. Schuster eingesetzt hatten, wurde der Hessischen Arbeitsgemeinschaft ihrem Antrag entsprechend eine Unterbrechung der Sitzung von 5 Minuten jubeilligt. Nach Wiederbeginn der Sitzung gab dann die Hessische Arbeitsgemeinschaft eine schon vor Beginn des Kreisrages fertigestellte schriftliche Erklärung ab, nach der sich ihre Mitglieder für Stimmhaltung aussprachen. Die übrigen 12 Kreisratsabgeordneten — 8 Sozialdemokraten, 3 Mittelstandsvertreter und 1 Kommunist — beschloßen, den Regierungsrat Dr. Stuffer für die Wiederbesetzung der erledigten Landratsstelle in Vorschlag zu bringen. Die von der Arbeitsgemeinschaft eingebrachte Erklärung lautet:

„Die Mitglieder der Hessischen Arbeitsgemeinschaft sind nach eingehender Beratung und Überlegung übereingekommen, sich in der Frage der Neubesetzung der Landratsstelle der Stimme zu enthalten. Für sie kann als Nachfolger, des so früh aus dem Kreise entfernten tüchtigen Landrats Sarrazin und zur Durchführung der großen Aufgaben, die der Kreisverwaltung harren, nur ein Mann von tüchtigem, sachlichen Können und unparteilicher Stellungnahme in Frage kommen. Trotz der Vorwürfe-Vorbeeren, die nach Zeitungsartikeln die sogenannten Mittelstandsparteien dem derzeitigen kommissarischen Landrat zollt, ist Herr Dr. Schuster für die Mitglieder der Hessischen Arbeitsgemeinschaft ein völlig unbedenkliches Mitglied. Von einer auf gründlicher Verwaltungkenntnis beruhenden Eignung für die Leitung des Kreises haben sie keine genügende Kenntnis. Sie glauben insofern aber annehmen zu müssen, daß er sich seine Informationen seither nur einseitig geholt hat. — Die Mitglieder der „Hessischen Arbeitsgemeinschaft“, hinter denen Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Beamtenschaft des Kreises in übereinstimmenden Maße stehen, werden nach einer Wahl des Herrn Dr. Stuffer zum Landrat des Kreises zunächst eine abnorme Stellung einnehmen. Sofern er jedoch Einflüssen zugäglich ist, die sich den allgemeinen Interessen des Kreises dienen werden sie auf den Plan und in Vorwehrestellung treten. — Diese Erklärung ist zunächst deshalb interessant, weil die über den sehr energischen derzeitigen Leiter des Kreises recht besüßerten Herren trotz eingehender Beratung und Überlegung doch noch 5 Minuten Zeit brauchten, um diese Erklärung abzugeben. Die Erklärung ist weiter interessant, weil sie den Verrag der Arbeitsgemeinschaft nicht verbergen kann über die 3 Abgeordneten der Mittelstandsgruppe, die sich von der Arbeitsgemeinschaft getrennt haben und in der Frage der Neubesetzung des Landratsamts zu einer der Arbeitsgemeinschaft sehr unangenehmen Entscheidung gekommen sind. Mit den Vorschlag-Vorbeeren, die von den sogenannten Mittelstandsparteien dem kommissarischen Landrat gezollt worden seien, ist ein im Messung Tageblatt vor einigen Ta ein erschienener Artikel (Nr. 32, Dienstag, den 8. Februar 27.) gemeint, der einen Bericht brachte über eine Versammlung von Mittelstandsangehörigen. Dort war klar und deutlich ausgesprochen, daß es der neue Leiter des Kreises, obwohl er erst seit Anfang Dezember im Amte ist, in überraschender Weise verstanden habe, überall in der Bevölkerung Anhang zu finden durch seine gründliche Verwaltungspraxis und seine Entschlußfreudigkeit. Das

war zu viel für die Herren, die dem Landrat Sarrazin nachtrauen, der als Regierungsrat nach Düsseldorf unter anderem deswegen veretzt worden ist, weil er das von angelegter Stelle gemißbilligte Verhalten eines ehrenamtlichen Bürgermeisters beim Volksbegehren bis zuletzt verteidigt hat. Bedauerlicherweise unterließ es der kommissarische Landrat, nachdem er den Sitzungssaal wieder betreten hatte, die Erklärung zu lesen, sonst wäre wohl die Antwort, die er der Arbeitsgemeinschaft zu geben hatte, etwas anders ausgefallen. Um so erfreulicher war es, daß er trotzdem bei seiner Ansprache, die sich an den Wahlankloß, Worte fand, die gewisse Kreise hier in Messungen sich hinter die Ohren schreiben werden. Nachdem er die Schwierigkeiten beleuchtet hatte, die man ihm nicht offen, sondern versteckt zu machen versucht habe, fuhr er fort: „Ich bin nicht nach Messungen gekommen, um Parteimeinung zu sein, sondern um der Sachwalter zu werden aller anständigen Leute, aller guten Staatsbürger. Ich habe die Überzeugung, daß ich dies Ziel um so leichter erreichen werde, je mehr ich nicht nur Demokrat bin dem Namen nach, sondern in des Wortes wahrer Bedeutung. Demokrat sein, heißt duldsam sein, andere verstehen, andere begreifen! Aber es gibt eine Grenze m. H. Ich bin ein einziges Mal zu duldsam gewesen im Kreise Messungen. Ich werde diese Duldsamkeit als erster Beamter des Kreises nicht mehr aufbringen können, besonders nicht wenn ich bei jemanden zu Gaste bin, und wenn dann die Achtung vor dem Deutschen Reiche, dem preussischen Staate und den Symbolen der Republik nicht genügend gewahrt ist“. Das sieht nicht nach einem völlig unbedenklichen Mann aus. Gemeint war mit diesen Ausführungen ein Familienabend der Bezirksbauernschaft Spangenberg mit einer Rede des deutschenationalen Landtagsabgeordneten Juhl. Man möchte nur wünschen, daß der Preuß. Minister des Innern als bald noch eine recht erhebliche größere Anzahl Landratskandidaten wie den Regierungsrat Schuster in den Bezirk Kassel schickt. Es gibt noch manches zu tun in unserem Landkreis.

Treffsa. Im nahen Kommerzhausen verschied nach kurzer Krankheit im 72. Lebensjahre der Bürgermeister Johannes Stamm der mehr als fünfundsanzig Jahre Bürgermeister war.

Spele. Die Schleusen- und Wehranlagen der Fulda werden zur Zeit einer eingehenden Nachprüfung und Ausbesserung unterzogen. Zu diesem Zwecke sind von den Wehren sämtliche Nadeln entfernt worden, so daß das Wasser nicht mehr angefaßt wird und der Wasserstand der Fulda äußerst niedrig ist. Infolgedessen ist die Schiffsahrt unterbrochen. Auch die auf einem möglichst hohen Wasserstand angewiesenen Fabrikbetriebe sind insofern in Mitleidenhaft gezogen, als infolge der geringen Wassermenge der zum Antrieb von Turbinen usw. erforderliche Wasserdruck nicht mehr vorhanden ist. Um eine Stilllegung zu vermeiden, ist oberhalb der bisherigen Stauanlagen ein Notwehr errichtet worden, durch welches der zum Turbinenantrieb erforderliche Wasserdruck erreicht wird.

Die sparsame Hausfrau verwendet Maggi's Würze,



denm wenige Tropfen machen dünne Suppen, Fleischbrühe, Gemüse und Soßen sofort wohlschmeckend u. befömmlich. Vorteilhaftester Bezug in großen plomb. Originalpackungen zu 6,50. Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze.

Fertel- und Kälberstärke



hört auf durch M. Brodmann's Vieh-Bebertran-Emission „Osteosan“ (Eiweiß, Nährsalz u. fast vitaminhaltig. Reine gew. Viehemulsion — dabei bill. Prop. kostenre. Eßt nur in Orig.-Flaschen. Zu haben in Dro. Apotheken und sonst. einschläg. Geschäften. Wo nicht durch

M. Brodmann Chem. Fabr. m. b. H. Leipzig-Centr.

Zu haben: In Spangenberg in der Apotheke; bei C. Bender, Kolonialwaren; Richard Mohr, Materialwaren; Levi Spangenberg, Kolonialwaren; Salomon Spangenberg, Nachh., Kaufmann. In Pflanze bei C. S. Möller, Kolonialwaren. In Waldappel bei Apotheker C. Braun.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 20. Februar 1927.

Septuagesimae.

Spangenberg.

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönewald
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Kreispfarrer Schmitt
Elbersdorf.

Vormittags 10 Uhr: Kreispfarrer Schmitt.
Schnellrode.

Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönewald

Christliche Vereine.

Montag 8 Uhr: Mütterverein, Kreispfarrer Schmitt.
Dienstag 8 Uhr: Jungfrauenverein, 1. Abteil. Kreispfarrer Schmitt.
Mittwoch 8 Uhr: Jungfrauenverein, 2. Abteil. Frau Schier.
Donnerstag 8 Uhr: Christlicher Verein junger Männer.
Freitag 8 Uhr: Bläserchor Bruder Petri.

Spitzenerfolg



durch
**Fleisch- u.
Fischmehlprodukte**
S & E

Das herrschende Einheitsprodukt ist das aus zehnjähriger wissenschaftlicher und praktischer Erfahrung hervorgegangene

Kraffttermehl S & E

Man lese im Reiseheft Nr. 20 über Schweineschnellmast und das Kraffttermehl S & E! Wer nach dem Spitzenerfolg in der Schweinezucht und -Mast strebt, dabei Krankheit und Seuchen seinem Stall fern halten will, der verfüttere nur das unter

ständiger dakt. Kontrolle eines staatlichen Institutes stehende Kraffttermehl S & E.

Achtung! Plümpe Nachahmungen

werden mit großen Bezeichnungen und laienhaften Versprechungen angepriesen! Die durch gewisse Arbeitsverfahren beseitigten Nachteile werden hierbei ganz außer acht gelassen und die „Neuerung“ mit der Mischung von allerlei Produkten begründet.

Fabrik des Originalproduktes:

Spieß & Ey G. m. b. H., Wippenhausen

Lieferanten der bedeutendsten deutschen Genossenschaften und Viehhaltungen. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung.

Zu beziehen durch das

Raiffeisenhaus Altmorschen

Telegr. Adr. „Seidenbulle“
Täglicher Eingang von
Frühjahrs-Neuheiten
in
Tricot *Wollen* und *Wuschstoff*
Nur prima Qualitäten zu denkbar billigen Preisen
Fabelhaft große Auswahl
Muster bereitwilligst!
Lange & Bulle
Spezialhaus für Seiden- und
Kleiderstoffe **Kassel** Fernruf 290
Kölnische Str. 6

Freiiges Hausmädchen

nicht unter 20 Jahren —
die auch etwas Blüthen kann,
zum 1. März gesucht.

Geilstraße Stadtwald
Welfungen.

Rechtsbüro Hesse

Eschwege, Ob. Friedenstr. 8
Zulassung b. d. Amtsgerichten
Sontra und Bischhausen.

„Meine Frau war ihr Leben lang,
über 50 Jahre, mit einer köstlichen

Stoffen

behalten. Beim geliebten Mädchen hatte sie
auf dem Felde. Nachdem sie „Juder's
Krafft-Medizinale-Tabletten“ angewendet hat,
fühlte sie sich wie neugeboren. Schon nach
8 Tagen war die Verbindung und in
3 Wochen waren die Mädchen befreit.
Wir lagern Ihnen in folgenden Sorten:
„Juder's Krafft-Medizinale-Tabletten“ 10 Zau-
lenbe merkt. 50 Stk. à 6 Pf., 60 Pf.,
(15% ig), 100 Stk. 1.- (25% ig) und 200 Stk. 1.50
(25% ig, härteste Form). Dazu „Juder's
Strom“ à 40, 60 und 90 Pf. In allen
Krocheten, Drogerien u. Gasolinrenten erh.



Stempel aller Art
liefert
schnell u. preiswert
Verlag d. Spangenberg Zeitung
H. MÜNZER
Buchdruckerei
SPANGENBERG, Bez. Cassel

Spangenberg Lichtspiele

Sonntag, den 20. 2. abends 8¹⁵ Uhr

Der Bankkrach unter den Linden

Nach Motiven des Romans „Der Herr auf
der Galgenleiter“ von Hugo Bettauer.

in 7 Akte
Außer dem

Unter Seeräubern

und

Schwiegermütter

Nachmittags gibt die Kino-Direktion

Konzert



Original Dürkopp-Fahrräder
von Mk. 120 an

offert

Richard Mohr.

Sonntag, den 20. Febr. von nachm. 4 Uhr ab, im „Grünen Baum“ großer Fastnachts-Ball

la. Jazz-Orchester Festsitz def. Saal
Humoristische Sondereinlagen

Es ladet freundlichst ein

Gastwirt Wilhelm Siebert.

Blunk's Privat-Handelsschule

Hohenzollernstraße 26 Kassel Fernsprecher Nr. 1006
an d. Ober-Post-Direkt. und 4588
Sommerhalbjahr. Anfang April d. Js.
Tages- und Abendkurse, Sonderkurse
Anmeldungen, Werbeschrift usw. durch das Kontor.

Einige gebrauchte

Oefen u. Herde

abzugeben.

Richard Mohr.

Achtung! Achtung!

Hausfrauen von Spangenberg und Umgegend!

Kommen in den nächsten Tagen mit einer neuen

Patent-Dampf-

Bettfedern-Reinigungsmaschine

mit elektr. Betrieb nach hier. Es bietet sich die
Gelegenheit, alte und neue Bettfedern gut u. billig
reinigen zu lassen.

Guthmanns

Dampf-Bettfedern-Reinigungsanstalt.



Inferieren bringt Gewinn!

Ich habe die Praxis des Augenarztes Sanitätsrat Dr. Freudenstein

(Kassel, Kölnische Str. 11, Dresdner Bank)
übernommen u. halte meine Sprech-
stunden ab Freitag, den 18. 2. werk-
täglich von 10-1 u. 3-5 Uhr.

Dr. med. Theo Jütte

Facharzt für Augenkrankheiten
bisher Assistenzarzt an der Universitäts-Augen-
klinik, Jena.

Streuwanen

Richard Mohr.

Salinensalz

empfiehlt

Richard Mohr.

Carbid

Richard Mohr.